

**Antrag**

Fraktion der CDU  
Fraktion der FDP

Hannover, den 01.11.2011

**Niedersachsen bleibt ein starkes Bundeswehrland**

Der Landtag wolle beschließen:

**EntschlieÙung**

Die neue globale Bedrohungslage, die neuen Einsatzerfahrungen der Bundeswehr, die veränderte demografische Situation sowie die Haushaltskonsolidierung haben den entscheidenden AnstoÙ zur Neuausrichtung der Bundeswehr gegeben.

Ziel der Neuausrichtung ist es, Aufgaben und Fähigkeiten der Bundeswehr den sich verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen, die Struktur demografiefest zu gestalten und ein solides finanzielles Fundament für die Zukunft zu schaffen. Die Bundeswehr wird zur Landes- und Bündnisverteidigung und maßgeblich im Bereich der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung gefordert sein. Die Vielfalt und Bandbreite potenzieller Konflikte und Einsätze verlangt, eine breite Palette unterschiedlicher Fähigkeiten vorzuhalten.

Die Bundeswehr muss im gesamten Aufgabenspektrum wirkungsvoll einsetzbar sein. Dazu gehören u. a. rein stabilisierende Einsätze, Einsätze in bewaffneten Konflikten bis hin zu Kampfeinsätzen hoher Intensität. Nur ein solch breites Fähigkeitsspektrum eröffnet Deutschland die benötigten Handlungsoptionen und ermöglicht flexibles und abgestimmtes politisches Handeln zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

Mit den Entscheidungen zur künftigen Stationierung wird festgelegt, wo und in welchem Umfang die Bundeswehr künftig in den Ländern und Regionen Deutschlands beheimatet sein wird. Unsere Soldatinnen und Soldaten, die zivilen Angehörigen der Bundeswehr sowie ihre Familien sind davon unmittelbar betroffen. Unsere Gesellschaft hat aus vielerlei Gründen ein hohes und verständliches Interesse daran, dass unsere Bundeswehr in ganz Deutschland präsent bleibt. Auch die Bundeswehr selbst mit ihren Soldatinnen und Soldaten und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte eine Armee in der Mitte unserer Gesellschaft bleiben.

Die Entscheidungen zur künftigen Stationierung sind daher ein wesentlicher Bestandteil der erforderlichen Anpassung und Umstrukturierung der Bundeswehr im Rahmen der Neuausrichtung. Sie sind das Ergebnis einer gründlichen und umfassenden Analyse, in der alle relevanten Faktoren sorgsam und umfassend gegeneinander abgewogen wurden. Die Belange der Menschen in der Bundeswehr und in den Garnisonen und Gemeinden wurden - wo immer möglich und funktional vertretbar - berücksichtigt. Der Zeithorizont für die Umsetzung wird im Rahmen der jeweiligen Realisierungsplanung für den einzelnen Standort gesondert festgelegt werden.

Mit der Neuausrichtung vollzieht die Bundesregierung wichtige Schritte für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr und für den künftigen Schutz unseres Landes. Dazu gehört, die Bundeswehr so zu stationieren, dass eine effektive und finanzierbare Auftragserfüllung in einem komplexen sicherheitspolitischen Umfeld auch unter den Bedingungen eines zu konsolidierenden Bundeshaushaltes und mit geringeren Umfangszahlen möglich ist.

In Niedersachsen existieren derzeit 45 Bundeswehrstandorte und 19 zivile Dienststellen mit ca. 38 000 militärischen und 11 400 zivilen Dienstposten. Niedersachsen wird von den Standort-schließungen freilich nicht verschont werden. Deren Umfang hängt maßgeblich vom Umfang der Gesamt-reduzierung der Streitkräfte ab.

Niedersachsen ist die Heimat von vielen britischen Streitkräften, die in Hameln (Garnison Paderborn), in Bergen, in Bad Fallingbostal und in Celle (alle zur Garnison Hohnhe) stationiert sind. Die britischen Streitkräfte werden bis 2015 um 50 % und bis 2020 vollständig aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen. Der Abzug der britischen Streitkräfte hat erhebliche Auswirkungen auf die Standortkommunen. Damit geht Wirtschaftskraft verloren, Arbeitsplätze werden wegfallen, Wohnungen und Liegenschaften werden leer stehen. Auswirken wird sich der Abzug allerdings auch auf den Kommunalen Finanzausgleich aufgrund der Veränderung der Einwohnerzahlen.

Die Bundeswehrstandorte in der Fläche bleiben nach dem Stationierungskonzept vom 26. Oktober 2011 der Bundesregierung größtenteils erhalten. Munster bleibt mit mehr als 5 000 Dienstposten größter Heeresstandort in Deutschland. Der Marinestützpunkt in Wilhelmshaven wird deutlich mit zusätzlichen 790 Dienstposten gestärkt, auch Nordholz und Schortens werden aufgestockt. Wittmund bleibt als Luftwaffenstandort erhalten und wird künftig ein Stützpunkt der neuen Eurofighter. Diese Entscheidung ist gerade für Ostfriesland von erheblicher Bedeutung. Seedorf ist mit über 2 700 Dienstposten als Heimat der Fallschirmjäger stabilisiert. Auch die Heeresflieger in Bückeburg und das Lufttransportgeschwader Wunstorf bleiben erhalten. Die Standorte in der Lüneburger Heide werden im Wesentlichen verschont. Nach der Entscheidung des Bundesverteidigungsministers werden die Standorte Schwanewede und auch Visselhövede aufgegeben. Erhebliche Reduzierungen erfolgen u. a. in Aurich, Delmenhorst, Diepholz, Hannover, Lüneburg und Rotenburg (Wümme).

1. Niedersachsen steht zur Bundeswehr und zu den Bundeswehrstandorten in Niedersachsen. Gleichzeitig ist es aufgrund der neuen globalen Bedrohungslage, der neuen Einsatzerfahrung der Bundeswehr, der veränderten demografischen Situation sowie der Haushaltskonsolidierung erforderlich, die Bundeswehr neu auszurichten.
2. Der Niedersächsische Landtag stellt fest,
  - a) dass das Land Niedersachsen nicht überproportional von Standort-schließungen und -verkleinerungen betroffen ist. Erforderlich war und ist eine qualitativ und quantitativ gleiche Lastenverteilung unter den Ländern.
  - b) dass der bevorstehende Abzug der britischen Streitkräfte im Rahmen der Bundeswehr-strukturreform berücksichtigt worden ist.
  - c) dass auch bestehende Standorte in Niedersachsen gestärkt werden.
3. Der Niedersächsische Landtag dankt der Niedersächsischen Landesregierung für ihren Einsatz und begrüßt, dass Niedersachsen größter Bundeswehrstandort in Deutschland bleibt.
4. Der Niedersächsische Landtag stellt fest, dass auch Niedersachsen nicht von Standort-schließungen verschont worden ist. Für die betroffenen Kommunen stellt die Entscheidung zweifelsohne schwierige Einschnitte dar.
5. Der Landtag bittet die Niedersächsische Landesregierung, in Verhandlungen und Gesprächen mit der Bundesregierung, darauf zu hinzuwirken,
  - a) die Umstrukturierung sozialverträglich zu gestalten, Entlassungen zu vermeiden und den Soldatinnen und Soldaten, zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr sowie deren Angehörigen eine klare Zukunftsperspektive zu geben;
  - b) den betroffenen Gebietskörperschaften zu helfen, um die Folgen der Standort-schließungen abzumildern;
  - c) die Kommunen bei der Nachnutzung der Standorte zu unterstützen. Hierbei sind Entwicklungspotenziale für Industrie-, Forschungs-, Tourismus- und Wohnbauansiedlungen zu berücksichtigen.

6. Es ist wünschenswert, dass bei der Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform die Belange der Menschen vor Ort Berücksichtigung finden sollten. Der Niedersächsische Landtag begrüßt die Forderung nach einem Konversionsprogramm des Bundes sowie den einstimmigen Beschluss der Länder. Insoweit begrüßt der Niedersächsische Landtag auch den Beschluss der Landesregierung, den bestehenden „Interministeriellen Arbeitskreis (IMAK) Konversion“ zum angekündigten Abzug der britischen Streitkräfte, um die von Standortschließungen und signifikanten Reduzierungen der Bundeswehr betroffenen Kommunen zu erweitern.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr  
Fraktionsvorsitzender